Bundeshuus-Wösch

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **112 (1986)**

Heft 40

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Im Gehege

Kürzlich stiess Lisette beim Abstauben ob dem Buffet auf eine interessante Zeitungsnotiz: «Die Initiative des Schweizer Tierschutzes ist zustande gekommen. Es wurden bereits über 100000 Unterschriften gesammelt.» Datum der Nachricht: 17. September 1985. Lanciert worden war das Begehren vor der Abstimmung über Franz Webers Vivisektions-Initiative. Lisette stiess ins Archiv, fand jedoch daselbst aber keine Meldung, wonach diese Initiative nach dem Zustandekommen bei der Bundeskanzlei eingereicht worden wäre. Warum nicht? Kann es sein, dass die bürgerlichen Kreise, die hinter dem Begehren stehen, mit sich selber ins Gehege kamen? Ein bürgerlicher Vorstoss verlangt eine Wartefrist für Volksinitiativen, die denselben Inhalt haben wie eine, die eben erst behandelt worden ist.

Unschön und reizend

Der Ständerat hatte für das Ergebnis eines gegen die N4 im Knonauer Amt lautenden Zürcher Volksentscheids und eine Standesinitiative mit gleicher Zielrichtung kein Gehör und beschloss, am Bau der Autobahn durchs Knonauer Amt festzuhalten und die Zimmerberg-Variante nicht zu berücksichtigen. Unfreiwilliger Kommentar dazu in der «Tagesschau» DRS, und zwar durch einen sehr sinnvollen Versprecher: Da war von einem «Ständereizbeschluss» die Rede.

Also doch!?

Als Bundesrat Pierre Aubert nach seiner letzten Ägyptenreise geheimnisvoll von einem Brief sprach, den er im Auftrag des ägyptischen Präsidenten Mubarak den Israelis hätte übergeben sollen, wollte am Nil niemand etwas von einem solchen Auftrag wissen. Aubert war entweder zu vorlaut oder wurde desavouiert. Jetzt, da offiziell ist, dass ein Schweizer im Taba-Konflikt als Schiedsrichter vermitteln soll, kann Aubert erleichtert feststellen: Seht ihr, das war eigentlich gemeint, ich durfte es nur nicht laut sagen, aber zur Rechtfertigung meiner Reise musste es sein ...

Verhältnismässig

Die Tatsache, dass beim Kernkraftwerk Mühleberg radioaktives Material an die Aussenluft gelangt ist, erfuhr der Berner Regierungspräsident Bärtschi, der dem Verwaltungsrat dieses KKW angehört, erst aus der Presse. Bundesrat Leon Schlumpf meinte, man habe darüber bestimmt nicht die Öffentlichkeit informieren müssen. In solchen Fragen habe die Informationspolitik «verhältnismässig» zu sein. «Nach Tschernobyl» verstehen nun viele diesen Ausdruck eben anders als *vor* diesem Ereignis.

Einsicht gefördert?

Die Ablehnung des Zuckerbeschlusses gab am letzten Sonntag Anlass zu verschiedenen Kommentaren. Offiziell kann im Bundeshaus natürlich niemand der Interpretation zustimmen, mit dem Nein zur Ausdehnung der Zuckeranbaufläche sei eine Absage an die ganze bisherige Landwirtschaftspolitik verbunden. Immerhin scheint das Abstimmungsresultat bei der bauernnahen SVP doch eine Einsicht gefördert zu haben: Die heutige Landwirtschaftspolitik sei für Aussenstehende nicht mehr durchschaubar. Wenn solche Einsichten um sich greifen, könnte der 28. September 1986 nachträglich noch zu einem historischen Datum werden.

Loyalität

Unter den fünf Kantonen, die zum Zuckerbeschluss ja sagten, stechen die grossen Weinkantone Waadt und Wallis hervor. Damit sollte – so ein Politgemunkel – wahrscheinlich nach Bern signalisiert werden: Wir unterstützen die Sache mit dem Zucker und hoffen, dass man sich dieser Loyalität bei einem allfälligen Weinbeschluss dann noch erinnert!

Lisette Chlämmerli

SPOT

Dritter Akt?

Nach dem zweiten Akt im Trauerspiel um die einst renommierte Firma Saurer in Arbon meinte Markus Gisler im *Tages-Anzeiger,* falls es noch zu einem dritten Akt in diesem Drama komme, sei dies dann gewiss der letzte. Als schwachen Trost führt Gisler an, dass am Firmenstandort zumindest der schönste Seepark der Schweiz übrigbliebe.

Doggy-Abo

Als attraktive Neuheit auf den Sommerfahrplan 1987 hin bieten die SBB auch Generalabonnements für Hunde an. Wo in den Eisenbahnwaggons werden eigentlich die sogenannten Versäuberungsplätze eingerichtet?

Wurst nicht Wurst

Der Waadtländer Metzgermeisterverband will eine Qualitätsmarke für «Saucisson Vaudois» einführen. Diese Wurst sei auch nicht mehr, was sie einmal war, weil vielen Herstellern Wurst sei, was in der Wurst sei.

Illusions perdues

Die in der Ringier-Presse sensationell angekündigte «Pille für ewige Schlankheit» erwies sich als Illusion, die erst in vielen Jahren Realität wird. *Eine* Wirkung hatten diese Stories aber doch: Bei Hoffmann-La Roche liefen die Telefone heiss. Hunderte von übergewichtigen Schweizern boten sich gratis als Versuchskaninchen für die bevorstehenden Tests dieses Medikaments an. Auch eine Möglichkeit, Tierversuche zu vermeiden ...

Neue Stimmen?

Die Umfrage zum Frauenstimmrecht im Kanton AR brachte an den Tag, dass sich eine Mehrheit die Landsgemeinde mit Frauen vorstellen kann. Die Frauenstimmen würden auch beim Singen des Landsgemeindeliedes einiges bringen.